

19. November 2008

Raushalten oder mitmischen

Wenn ein Franzose und ein Deutscher zusammensitzen und jemand lässt das Wort "Industriepolitik" fallen, dann könnte das der Beginn einer Rauferei sein. Denn seit Jahrzehnten wirft man sich gegenseitig vor, der andere mache es nicht nur anders, sondern auch falsch.

Wer in Berlin nach deutscher Industriepolitik fragt, hat bisher als Antwort erhalten: "Die darf es nicht geben." Im Gegensatz zu den Franzosen überlasse man die Dinge dem Markt und betreibe nun mal keinen Staatsinterventionismus, heißt es gerne. Paris solle aufhören mit seinem industriellen Patriotismus und seiner Abwehr ausländischer Investoren, fordern deutsche Politiker.

Frankreich liebt es, mächtige Konzerne zu schmieden – man denke nur an die Fusion von Gaz de France und Suez zum europaweit drittgrößten Energiekonzern. Eine andere deutsche Wunde: Der französische Pharmahersteller Sanofi übernahm den größeren deutsch-französischen Konzern Aventis. Nicolas Sarkozy verhinderte dagegen einst als Wirtschaftsminister, dass Siemens Teile des maroden französischen Alstom-Konzerns übernehmen konnte. Die französische Industriepolitik fördere nationale Champions auf Kosten ausländischer Unternehmen, so die Vorwürfe rechts des Rheins. Doch ein Großteil der Franzosen findet es gut, wenn die Politik in den Industriebereich eingreift.

Diese Debatte gibt es schon seit Jahrzehnten – und sie lebt stark von der Schwarz-Weiß-Malerei. Zwar interveniert die französische Politik häufiger als die deutsche. Doch es gibt mehr Gemeinsamkeiten, als beide Länder wahrhaben wollen. "In Deutschland ist dieser patriotisme économique viel leiser und diskreter, aber er ist da", sagte der stellvertretende Direktor des deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg, Henrik Uterwedde, jüngst auf einer Tagung des Freiburger Frankreich-Zentrums über die Industriepolitik beider Länder.

Auch die Bundesländer greifen gerne ein

Tatsächlich griff auch der deutsche Staat in der Vergangenheit gerne in den Markt ein – siehe das Volkswagengesetz, die Drohungen der deutschen Regierung an die Unternehmensleitung bei EADS oder – ein gern zitiertes Beispiel der Franzosen – die deutsche Förderung der erneuerbaren Energien. Länder wie Bayern und Baden-Württemberg verstehen sich wie auch zahlreiche Kommunen auf regionalen Protektionismus. Auch schränkte die deutsche Regierung vor wenigen Monaten wegen der Finanzkrise den Einfluss ausländischer Investoren auf deutsche Unternehmen ein. Mit der Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes müssen Nicht-EU-Geldgeber künftig mit Kontrollen durch die Bundesregierung rechnen, wenn sie in deutsche Firmen investieren wollen. Klaus Mangold, früheres Vorstandsmitglied von Daimler-Chrysler, bezeichnete das als einen "Sündenfall in der deutschen Politik". Die Folge dieses widersprüchlichen Verhaltens sei eine Erschütterung des Vertrauens, glaubt Uterwedde: "Uns Deutschen glaubt man nicht mehr, dass wir das tun, was wir sagen."

In der Finanzkrise wollen die Regierungen den nationalen Konzernen helfen – siehe Opel in

Deutschland. Doch was macht in Zeiten der Globalisierung eigentlich noch die Nationalität eines Unternehmens aus? Diese Frage stellte Elie Cohen von der nationalen französischen Forschungsorganisation CNRS. Ist es die Verteilung des Kapitals, der Firmensitz, die Nationalität der Führungsriege, die Tätigkeit des Konzerns? Wenn der Sitz eines Konzerns in Deutschland ist, die Produktion aber in einem Schwellenland und die Forschung in den USA – kann man dann noch von einem nationalen Unternehmen sprechen?

Oft sind es gar keine logischen, strategischen Gründe, weshalb die Politik sich auf die Seite von Unternehmen stellt. Politikern geht es oft um Symbolik, sie reagieren auf öffentlichen Druck – etwa wenn Arbeitsplätze verloren gehen könnten. "Die Franzosen lieben es, wenn der Staat eingreift. Doch seit Mitte der 80er Jahre gibt es in Frankreich eigentlich gar keine Industriepolitik mehr", behauptete Elie Cohen. Er bat darum, Worte aus Frankreich, die international für Unruhe sorgten, nicht immer ernstzunehmen. Sarkozy, der sich zu Hause als schärfster Kritiker des Finanzsystems gerierte, habe den Banken mit dem Rettungsfonds kaum Bedingungen auferlegt. Cohen: "Reden haben oft ein Eigenleben und wenig Bezug zur Realität."

Statt national lieber europäisch denken

Statt auf hohem Niveau aneinander vorbeizureden, sollten sich beide Länder endlich toleranter und zurückhaltender verhalten, fordert Jean-Louis Levet vom Forschungsinstitut der französischen Gewerkschaften IRES. Deutschland und Frankreich müssten die treibende Kraft sein auf der Suche nach Antworten auf die Frage, wie sich die Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken lasse. Ob Energie, Gesundheit, Klima oder Umweltschutz: Wohl nur mit Partnerschaften und EU-Champions kann Europa Schritt halten.

Autor: Michael Neubauer